

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3

#### 4 **Finanzierungsstopp für die Jacobs University**

5

6 Wir erkennen die Bedeutung der Jacobs University Bremen für die Bremische Wissen-

7

8 schafts- und Forschungslandschaft sowie ihre Rolle für den Standort Bremen-Nord an.

9

10 Für sämtliche öffentlich geförderte Hochschulen im Land Bremen müssen allerdings

11

12 dieselben Voraussetzungen gelten, insbesondere muss das Bremische Hochschulgesetz

13

14 Anwendung finden. Wir fordern daher die Verhandlungen mit der Jacobs University

15

16 mit folgenden Zielen fortzuführen:

17

18 > Die SPD setzt sich dafür ein, dass dauerhaft keine weiteren Mittel vom Land Bremen

19

20 an die Jacobs University Bremen (JUB) fließen.

21

22 > Es sollen weder vom Senat noch von der Bürgerschaft weitere Zusagen bzgl. dauer-

23

24 hafter finanzieller Unterstützung der JUB gemacht werden.

25

26 > Es soll geprüft werden, ob die JUB bei Bedrohung ihrer Existenz in die öffentliche

27

28 Hand überführt werden kann.

29

30 > Im Falle einer solchen Überführung in die öffentliche Hand muss für die JUB, wie für

31

32 jede andere Bremer Hochschule, das Bremische Hochschulgesetz gelten. Eine Bevor-

33

34 zugung der JUB gegenüber der anderen Hochschulen in Hinblick auf die finanzielle

35

36 Ausstattung, die Betreuungsrelation und die Qualität von Forschung und Lehre darf

37

38 es nicht geben.

39

#### 40 Begründung:

41

42 Die Jacobs University Bremen (JUB) hat seit ihrer Gründung als International University

43

44 an die 200 Millionen Euro an Mitteln vom Land Bremen erhalten. Nun musste sie sich

45

46 erneut an den Senat wenden, damit dieser ihr unter die Arme greift. Dies zeigt: das

47

48 Finanzkonzept der JUB ist - wie auch schon an anderen privaten Unis in Deutschland -

49

50 gescheitert.

51

52 In Zeiten, in denen die öffentlichen Hochschulen chronisch unterfinanziert sind, ist es

53

54 schlichtweg nicht vermittelbar, eine private Hochschule, die nach der Anschubfinanzie-

55

56 rung im Jahr 2001 nie wieder Unterstützung brauchen sollte, weiter durch Staatsgeld

57

58 am Leben zu erhalten. Wo Studierende an Uni und Hochschule Bremen auf dem Boden

59

60 sitzen müssen oder gar Veranstaltungen aus Personalmangel ausfallen, ist die Förde-

61

62 rung einer privaten Uni mit einer ProfessorInnen-Studierenden-Quote von 1:16 (diese

63

64 würde erst aus der Umsetzung der Forderungen des Senats resultieren – die Universi-

65

66 tät Bremen bspw. hat eine Betreuungsrelation von ca. 1:70) nicht mehr zu erklären.

67

68 Deswegen ist der Fluss öffentlicher Gelder an die JUB einzustellen.

69

70 Gleichzeitig sollte die Perspektive der Studierenden und MitarbeiterInnen der JUB nicht

71

72 übersehen werden. Eine sofortige Insolvenz der JUB hätte nicht absehbare Folgen für

73

74 sie, was für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmbar ist.

75

76 Ebenso muss der positive Einfluss auf den Standort Bremen Nord durch die JUB berück-

77

78 sichtigt werden, der durch eine Schließung wegfallen würde. Eine Schließung ist aus

79

80 diesen Gründen – wenn möglich – zu vermeiden.

81

48 Deshalb sollte geprüft werden, ob es möglich ist, die JUB in die öffentliche Hand zu  
49 überführen. Dadurch wäre das Land Bremen zwar in der Rolle, die JUB finanzieren zu  
50 müssen, hätte  
51 aber dafür auch die Kontrolle, da die JUB sich an das Bremische Hochschulgesetz halten  
52 müsste, was sie bisher als Privatuni nicht tun muss, und würde durch Zielvereinbarun-  
53 gen die Verwendung öffentlicher Zuwendungen kontrollieren. Zudem könnten so Ar-  
54 beits- und Studienplätze sowie der positive Einfluss auf den Standort Bremen Nord  
55 erhalten werden, die durch eine Schließung gefährdet wären.

**Angenommen und weitergeleitet an den nächsten ordentli-  
chen Landesparteitag am 27. April 2013.**